

TOBIAS TRÖGER

Arbeitsteilung und Vertrag

Jus Privatum

163

Mohr Siebeck

JUS PRIVATUM
Beiträge zum Privatrecht

Band 163



Tobias Tröger

Arbeitsteilung und Vertrag

Verantwortlichkeit für das Fehlverhalten Dritter
in Vertragsbeziehungen

Mohr Siebeck

Tobias Tröger, geboren 1972; Studium der Rechtswissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München, 1. Staatsexamen 1996; Referendariat in München und San Francisco, 2. Staatsexamen 1999; Promotion an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen 1999; Masterstudium an der Harvard Law School, LL.M. 2004; Habilitation durch die Juristische Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen 2011; Rufe an die Universität Passau und die Goethe Universität Frankfurt am Main; Seit 2011 Inhaber der Professur für Bürgerliches Recht, Handels- und Wirtschaftsrecht der Goethe-Universität.

e-ISBN 978-3-16-152086-0

ISBN 978-3-16-150924-7

ISSN 0940-9610 (Jus Privatum)

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Stempel-Garamond gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Der Spiritus Rector der modernen, durch die Adaption mathematischer und statistischer Methoden nach größerer analytischer Präzision strebenden Wirtschaftswissenschaften, Paul A. Samuelson, stellte einem Standardlehrbuch seiner Disziplin eine höchst selbstbewusste Programmatik voran, die bei einem Autor einer rechtswissenschaftlichen Monographie naturgemäß gemischte Gefühle auslöst: Träfe das „*I don't care who writes a nation's laws – or crafts its advanced treaties – if I can write its economic textbooks*“¹ ohne Einschränkungen zu, wäre schließlich die Bedeutung des eigenen Bemühens ganz erheblich relativiert, wenn nicht gar vollständig in Frage gestellt. Entscheidet man sich, die überzeichnete Sicht *Samuelsons* nicht wegen des ihr zugrundeliegenden, naiven Glaubens an die Berechenbarkeit der Welt als widerlegten, pythagoreischen Zahlenkult zu verwerfen, lässt sie sich aber auch als eine Herausforderung verstehen. Könnte ein Proprium der eigenen Forschung nicht darin liegen, die Sensibilität der Jurisprudenz für die Nuancen der Wirklichkeit mit der größere Wirkungszusammenhänge exakter beschreibenden Modellwelt der Ökonomik zu synthetisieren, um gerade auch in die Rechtsanwendung Einsichten in individuelle und gesellschaftliche Konsequenzen einzubinden? Diese Abhandlung will eine illustrierende Antwort auf eben diese Frage geben, indem sie das Querschnittsthema der Arbeitsteilung im Vertragsrecht aus der Perspektive institutionenökonomischer Einsichten beleuchtet. Sie bezieht dabei auch in den differenzierten Debatten zur Dogmatik des geltenden Rechts Stellung und will auf diese Weise zur adäquaten Entscheidung von Einzelfällen beitragen. Eine Bewährung des gewählten Ansatzes als Methode der praktischen Rechtswissenschaft kann auch seine Eignung für die weitere Konkretisierung des gemeineuropäischen Zivilrechts belegen.

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 2010/2011 von der Juristischen Fakultät der Eberhard-Karls-Universität Tübingen als Habilitationsschrift angenommen. Ihre Entstehung wäre nicht möglich gewesen ohne das großzügige Gewährenlassen meines hochverehrten akademischen Lehrers, Prof. Dr. Dres. h.c. Harm Peter Westermann, der nicht erst bei der Erstellung des Erstgutachtens gemerkt hat, dass in der Wissenschaft der Apfel mitunter doch weiter vom Stamm fällt, als der Volksmund vermutet, hieran aber nie Anstoß nahm, sondern auf seine unverwechselbare Art stets bestärkend und fördernd wirkte. Eben-

¹ *Samuelson*, Foreword, in: Saunders/Walstad (Hrsg.) *The Principles of Economics Course: A Handbook for Instructors*, 1990, S. ix–x.

so verbunden bin ich dem Zweitgutachter, Prof. Dr. Mathias Habersack, der mich als „Altlast“ in seiner Tübinger Zeit an seinem Lehrstuhl aufnahm und mir damit inspirierende Jahre ermöglichte, während derer er mich zudem in jeder Hinsicht optimal unterstützte. Herr Dr. Christoph Thole hat die Last eines auf die ökonomische Grundlegung der Arbeit bezogenen Drittvotums übernommen. Allen Gutachtern bin ich für ihre Mühen und die Vielzahl von weiterführenden, kritischen Anmerkungen dankbar.

Nicht nur am Anfang meines wissenschaftlichen Werdegangs hat mein Doktorvater, Prof. Dr. h.c. Wolfgang Zöllner, nachhaltigen Einfluss ausgeübt. In einem Tübinger Kaffeehaus mit treffendem Namen hat er mich nach dem Rigorosum zum Einschlagen der wissenschaftlichen Laufbahn ermutigt, mich seither kritisch-streng auf Kurs gehalten und in vielfältiger Weise gefördert und geprägt.

Zu Dank verpflichtet bin ich Freunden und Kollegen, die nicht nur für ebenso hilfreiche wie kontroverse Debatten zur Verfügung standen. Herausheben möchte ich Dr. Franziska Berger, Dr. Christoph Burchard, Prof. Dr. Helge Dedek, Dr. Tim Florstedt, Dr. Robert Häcker, Prof. Dr. Hans Hanau und Dr. Iris Kemmler.

Bei der Drucklegung haben mich meine Passauer und Frankfurter Mitarbeiter, Alexander Friedrich, Jennifer Pia Gehrke, Antje Hirsch-Hottes, Nathalie Kaiser, Lisa Pfaffinger, Philipp Scheibenpflug und Gerrit Tönningsen unterstützt, die DFG hat einen großzügigen Druckkostenzuschuss gewährt. Die Rechtsentwicklung ist bis November 2011 berücksichtigt.

Meinen Eltern danke ich für die liebevolle Unterstützung. Ich widme die Arbeit meiner Frau, Dr. Lucina Berger, ohne die diese Arbeit nie abgeschlossen worden wäre.

Frankfurt am Main im Januar 2012

Tobias Tröger

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXV
<i>Kapitel 1: Grundlagen</i>	1
§1 Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse	2
§2 Methodische Skizze	31
§3 Agenda	73
<i>Kapitel 2: Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Hilfspersonen</i>	75
§1 Römisches Recht	78
§2 Nachklassik, Christentum und Mittelalter	104
§3 Humanismus und Usus Modernus	109
§4 Spätscholastik, Naturrecht und Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts	114
§5 Pandektistik und Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert	122
§6 Bewertung und Fortgang der Untersuchung	131
<i>Kapitel 3: Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz</i>	133
§1 Begründungsansätze im deutschen Recht	134
§2 Begründungsansätze anderer Rechtsordnungen	166
<i>Kapitel 4: Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen</i>	199
§1 Ökonomik der deliktsrechtlichen Verantwortlichkeit für Drittverhalten und allgemeine Ziele des Haftungsrechts	200
§2 Funktionen des Vertragsrechts aus Sicht der Ökonomik	217
§3 Die Einstandspflicht für Dritte als Bestandteil eines ökonomisch rationalen Vertragsrechts	244

<i>Kapitel 5: Arbeitsteilung und positives Recht</i>	297
§1 Schutz des Leistungsinteresses	299
§2 Gewährleistung (vorvertraglicher) Informationsinteressen	436
§3 Sicherung des Integritätsinteresses	517
 <i>Kapitel 6: Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht</i>	 527
§1 Gemeinschaftsprivatrecht	529
§2 Gemeinsamer Referenzrahmen	534
 <i>Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse</i>	 545
§1 Grundlagen	545
§2 Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Erfüllungsgehilfen . . .	546
§3 Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz	547
§4 Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen	550
§5 Arbeitsteilung und positives Recht	553
§6 Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht . .	558
 Literaturverzeichnis	 559
Sachregister	619

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Kapitel 1: Grundlagen	1
§1 <i>Untersuchungsgegenstand und Erkenntnisinteresse</i>	2
A. Die Binnenperspektive des deutschen Rechts	3
I. Kasuistische Unübersichtlichkeit und mangelnde Klarheit über die Haftungsgrundlagen	5
II. Haftung und Unternehmensorganisation	8
1. Die Herausforderung durch die Arbeitsteilung	8
2. Organisationsanreize durch Haftung.	9
B. „Vom Beruf unserer Zeit ...“ – mal wieder?: Europäische Rechtsvereinheitlichung	12
I. Skepsis gegenüber gewillkürter Harmonisierung und Vermessung der Möglichkeiten der Rechtsvergleichung	17
II. Rechtsvergleichende Miniatur.	23
1. Leistungsversprechen.	23
2. Sicherung des Integritätsinteresses	25
3. Folgerungen und Beschränkung des Untersuchungsgegenstands . .	27
a) Ermittlung überpositiver Zurechnungskriterien.	27
b) Materielle Selbständigkeit oder Unselbständigkeit der Verantwortlichkeit für Gehilfenverhalten?	29
§2 <i>Methodische Skizze</i>	31
A. Rechtsdogmatik und Rechtsökonomik: Konsequentialismus, methodologischer Individualismus und juristische Hermeneutik . .	32
I. Das Bedürfnis nach einem deskriptiven Verhaltensmodell und seine Erfüllung durch die Ökonomik	33
1. Folgenabschätzung als Aufgabe der Rechtswissenschaft	33
2. Integration sozialwissenschaftlicher Verhaltensmodelle in die juristische Folgenabschätzung.	39

II. Normative Ökonomik und teleologische Interpretation	43
1. Ziele schuldrechtlicher Regulierung	44
a) Leistungsstörungsrecht, Effizienz und hypothetischer Konsens.	44
(1) Autonome Bindung und rechtsförmige Sanktion	44
(2) Kritik des wohlfahrtsökonomischen Effizienzdenkens aus Sicht des normativen Individualismus	51
b) Heteronome Verpflichtungen: Der Verstoß gegen Schutz- pflichten im Kontext der Vertragsdurchführung.	52
(1) Dogmatische und funktionale Sonderstellung der Schutzpflichten	52
(2) Schutzpflichten im Spiegel haftungsrechtlicher Effizienz- ziele	54
c) (Vor-)vertragliche Informationsverantwortlichkeit auf der Schnittstelle von autonomer und heteronomer Verpflichtung . .	60
2. Interpretation, zurückgenommener Rationalitätsanspruch und ökonomischer Erfahrungsschatz	61
B. Rechtsvergleichung und Rechtsökonomik	67
I. Funktionalismus und deskriptive Ökonomik	68
1. Definitionspotential und Analyseerweiterung.	68
2. Funktionsbegriff und Ökonomik	69
II. Rechtsvergleichung und normative Ökonomik	70
III. Ökonomische Modellannahmen und rechtsvergleichende Erkenntnisse	71
 §3 <i>Agenda</i>	 73
 Kapitel 2: Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Hilfspersonen	 75
 §1 <i>Römisches Recht</i>	 78
A. Allgemeine Zurechnungsgesichtspunkte und Einstandspflicht für Dritte	78
B. Noxalhaftung für Delikte der Gewaltunterworfenen	80
C. Haftung für das Verschulden Dritter in Sonderverbindungen.	82
I. Vertragliche Übernahme des Personalrisikos.	83
II. Custodia-Haftung und Einstandspflicht für Gehilfenfehler.	84
1. Die Bewachungspflicht im klassischen römischen Recht	85
2. Zusammenhang von custodia-Haftung und Einstandspflicht für Gehilfen	86

a) Von Eigenverschulden unabhängige Haftung für Gehilfen- fehler	87
b) Custodia-Haftung und Einstandspflicht bei Auswahl- verschulden.	89
c) Konsequenzen	90
III. Haftung nur bei eigenem Verschulden, insbesondere für culpa in eligendo	91
1. Miet- und Pachtvertrag	91
2. Auftragsverhältnisse	93
3. Sonstige Fälle	94
4. Bewertung	95
D. Receptum-Haftung und verwandte Tatbestände	96
E. Quasideliktische Haftungstatbestände des Prätors	98
I. Actio de deiectis vel effusis	98
II. Actio furti/damni in factum adversus nautas, cauponas, stabularios	101
F. Römisches Fallrecht als Ausdruck einer funktional rationalisier- baren Risikoverteilung	103
 §2 <i>Nachklassik, Christentum und Mittelalter</i>	104
A. Systematisierungsstreben und christlicher Einfluss	104
B. Moralische Imputation und Einstandspflicht für Drittverhalten . . .	106
C. Konsequenzen	107
 §3 <i>Humanismus und Usus Modernus</i>	109
A. Fortschreiben mittelalterlicher Haftungs- und Zurechnungslehren	109
B. Schuldparadigma und Haftung für Gehilfenfehler.	109
C. Faktisch verschuldensunabhängige Haftungstatbestände	111
D. Tendenz zur impliziten Verobjektivierung.	112
 §4 <i>Spätscholastik, Naturrecht und Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts</i>	114
A. Haftungsrechtliche Konsequenzen der Trennung von forum internum und forum externum in der Spätscholastik	114
B. Ethische Imputation in der Naturrechtslehre	115
C. Kodifikationen des 18. und 19. Jahrhunderts	117
I. Haftung bei Bestehen von Sonderverbindungen	117

II. Verantwortlichkeit jenseits bestehender Sonderverbindungen.	119
D. Verschuldensprinzip als Grundlage eines weltlichen Haftungsrechts.	121
§5 <i>Pandektistik und Rechtsentwicklung im 19. Jahrhundert</i>	122
A. Zurechnungslehre und Schuldprinzip in der Pandekten- wissenschaft.	122
B. Einstandspflicht für Drittverhalten als Widerspruch zum Schuldprinzip und Relativierungen in der Lehre.	123
C. Gesetzgebung und Rechtsprechung	126
D. Risikozuweisung als Aufgabe des Privatrechts im Zeitalter der Industrialisierung.	128
§6 <i>Bewertung und Fortgang der Untersuchung</i>	131
Kapitel 3: Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz	133
§1 <i>Begründungsansätze im deutschen Recht</i>	134
A. Haftung für Erfüllungsgehilfen nach § 278 BGB.	134
I. Bedeutung und Reichweite der tradierten Erklärungsversuche . . .	134
1. Heteronome Zurechnung und Verschuldensprinzip	134
2. Pluralistisches Verständnis der Verhaltenszurechnung als Ausdruck der Vielgestaltigkeit schuldrechtlicher Pflichten.	136
II. Einstandspflicht kraft Parteiwillens	138
1. Erfolgsversprechen und Einstandspflicht.	139
2. Garantie für das ordnungsgemäße Verhalten von Hilfspersonen . .	141
3. Unzulänglichkeit jeglicher rechtsgeschäftlicher Erklärungs- ansätze?	142
III. Risiko-Nutznießungsgedanke	143
1. Grundgedanke und flexible Risikozurechnung	143
2. Grenzen des Risiko-Nutznießungsgedankens, insbesondere Schutzpflichten.	147
IV. Gedanke der Sphärenöffnung und des Vertrauensschutzes	148
V. Relativer Charakter einer tragfähigen Begründung der Gehilfen- haftung und Ergänzungsbedürftigkeit der tradierten Kriterien. . .	149
B. Haftung für Organwalter, § 31 BGB	151
I. Der Theorienstreit um die Natur der Haftung nach § 31 BGB und die sachliche Reichweite der Organhaftung.	152

II. Materielle Rechtfertigung der Organhaftung jenseits des Theorienstreits	155
1. Ergebnisbeschreibung und materielle Normbegründung	156
2. Risiko-Nutznießungsgedanke und verwandte Begründungsansätze	157
a) Die fundamentale „Gerechtigkeitsidee“.	157
b) Die Trennung von Vermögensmassen als rechtstechnischer Grund der Haftungsüberleitung.	158
III. Notwendigkeit einer materiellen Konkretisierung der Organhaftung	159
C. Haftung für Auswahl-, Ausrichtungs- und Überwachungsver schulden beim Einsatz von Verrichtungsgehilfen, § 831 BGB . . .	160
I. Verschuldenshaftung als (unvollständige) Verwirklichung funktionaler Zurechnungsprinzipien	161
II. Rechtspolitische Kritik und „korrigierende“ Tendenzen in der Rechtsanwendung.	163
III. Bedürfnis nach einer einheitlichen materiellen Fundierung des dogmatisch uneinheitlichen Schutzes des Integritätsinteresses . . .	164
D. Zusammenfassung und weiterer Gang der Untersuchung	165
§2 Begründungsansätze anderer Rechtsordnungen	166
A. Legitimation der Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler im Rechtskreis des common law	167
I. Sicherung des Leistungsinteresses	167
1. Vertragsbruch und Rechtsbehelfe in ihrer Bedeutung für die Gehilfenhaftung.	167
2. Ausschluss der Rechtsbehelfe trotz Nichteinhaltung des Versprechens.	168
a) Grundregel bei Vereitelung der Vertragserfüllung.	168
b) Einstandspflicht für Gehilfen im Besonderen	171
c) Befund und Konsequenzen.	172
II. Verantwortlichkeit für Dritte jenseits vertragsrechtlicher Einstandspflichten	172
1. Vicarious liability des Geschäftsherrn	172
a) Präzedenzien.	174
b) Literatur	175
(1) Risiko-Nutznießung und die Parallele zur strict liability . .	175
(2) Sicherung der Kompensation des Opfers	176
(3) Schadensstreunung	178
2. Weitere Fälle der Verantwortlichkeit für Drittschädigungen, insbesondere Haftung für selbständige Unternehmer und Produkthaftung	179

a) Haftung für selbständige Unternehmer	179
(1) Ausdehnung des Auswahlverschuldens.	180
(2) Nicht delegierbare Pflichten zur Schadensvermeidung als Grundlage einer faktisch verschuldensunabhängigen Haftung	181
i. Das einschlägige Fallrecht	181
ii. Legitimationsansätze in der Literatur	182
b) Produkthaftung	184
(1) Strikte Verantwortlichkeit für Produktfehler und implizite Haftung für Gehilfenversagen.	184
(2) Ökonomischer Charakter bzw. Unergiebigkeit der angeführten Gründe für eine verschuldensunabhängige Produkthaftung	186
B. Normative Fundamente der Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler im französischen Recht.	187
I. Sicherung des Leistungsinteresses	188
1. Die eingeschränkte Erfolgsgarantie bei den obligations de résultat	188
a) Grundlegende Einteilung der Obligationstypen.	188
b) Verpflichtungswille als Grundlage der Einstandspflicht	189
2. Allgemeines Prinzip der Haftung für Gehilfenfehler als Fortentwicklung spezieller Zurechnungsnormen	191
II. Gewährleistung des Integritätsinteresses	193
1. Obligation de sécurité und Sperrwirkung des vertragsrechtlichen Haftungsregimes	193
2. Haftung für Verrichtungsgehilfen.	194
3. Produkthaftung und action directe gegen den Hersteller.	196
C. Vergleichende Bewertung und Fortgang der Untersuchung	197
 Kapitel 4: Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen	199
 §1 <i>Ökonomik der deliktsrechtlichen Verantwortlichkeit für Drittverhalten und allgemeine Ziele des Haftungsrechts</i>	200
A. Kontrolle des Prinzipals über das vom Agenten ausgehende Schadensrisiko als Grundvoraussetzung der Einstandspflicht	201
I. Agenturtheoretische Grundlagen der Analyse	201
II. Einwirkungsmöglichkeit auf den Handelnden als notwendige Bedingung der Einstandspflicht	202
B. Zusätzliche Kriterien der Haftungsbegründung	203
I. Überlegene Möglichkeiten des Hintermanns zur Risikominimierung.	205
1. Kognitive Vorteile des Prinzipals	205

2. Vorteile interner Sanktionen gegenüber externer Haftung	206
II. Überwindung des Problems der Vermögensrestriktion (<i>judgement proof problem</i>).	208
III. Risikoaversion natürlicher Personen.	211
1. Bedeutung individueller Risikopräferenz für das Recht	211
2. Relevante Konstellationen im Bereich der Einstandspflicht für Gehilfenverhalten	212
C. Die Relativität ökonomischer Begründungsansätze und die Konsequenzen für die Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler	214
<i>§2 Funktionen des Vertragsrechts aus Sicht der Ökonomik</i>	217
A. Vertragsrecht im Licht ökonomischer Markt- und Wettbewerbs- theorien	217
I. Die Unsichtbare Hand und das Vertragsrecht	217
II. Privatautonomie und Effizienzdenken im Vertragsrecht	220
B. Funktionen des Vertragsrechts aus Sicht der Ökonomik	221
I. Ermöglichung und Absicherung der Kooperation.	222
1. Planmäßiges Wirtschaften und anonyme Transaktionen.	222
2. Anreizwirkung und Verteilung von Risiken.	225
3. Vertragsrecht und hypothetischer Konsens unter realen Bedingungen.	226
4. Paternalismus	229
II. Angemessene Offenlegung von Informationen	229
III. Senkung der Transaktionskosten	232
1. Dispositives Gesetzesrecht und Markttransaktionskosten	232
2. Die hypothetische, vollständige Parteivereinbarung als heuristischer Maßstab	233
3. Abstrakt generelle Regelungen: Marktimitierendes Vertragsrecht und heteronome Präferenzen	234
4. Nachverhandlungen.	237
5. Wünschenswertes Ausmaß effizienter Lückenfüllung	238
IV. Außerrechtliche Kooperationssicherung (Relationale Verträge)	239
1. Außerrechtliche Mechanismen der Kooperationssicherung	239
2. Missbrauchspotentiale und Relationalität der Austausch- beziehung	241
<i>§3 Die Einstandspflicht für Dritte als Bestandteil eines ökonomisch rationalen Vertragsrechts</i>	244
A. Ökonomik des Leistungsstörungenrechts	245
I. Grundlagen.	246

1. Effiziente Risikoverteilung als übergeordnetes Ziel des Leistungsstörungsrechts	246
2. Zielverwirklichung durch leistungsstörungsrechtliche Sanktionen	248
II. Die Determinanten des Parteiverhaltens im Einzelnen	250
1. Verhaltensanreize auf Seiten des Schuldners	250
a) Die Grundentscheidung: ordnungsgemäße Erfüllung oder Pflichtwidrigkeit.	250
(1) Der Anreiz zur effizienten Vertragserfüllung als Maßstab leistungsstörungsrechtlicher Sanktionen	250
i. Effizienzziel, Vertragsbruch und leistungsstörungsrechtlicher Anreiz	250
ii. Bedeutung des Verfahrens der Rechtsdurchsetzung	256
(2) Nachverhandlungen.	258
(3) Mehrstufige Erfüllungsbemühungen	260
b) Vorsorgemaßnahmen zur Sicherung der eigenen Leistungsfähigkeit.	262
(1) Maßnahmen zur Beseitigung bekannter Risiken	262
i. Rechtliche Sanktionen nicht-ordnungsgemäßer Erfüllung	262
ii. Marktförmige Sanktionen nicht-ordnungsgemäßer Erfüllung	264
(2) Erwerb von Informationen über potentielle Erfüllungshindernisse.	265
2. Verhaltensanreize auf Seiten des Gläubigers	266
a) Investitionen in Erwartung der Erfüllung	266
(1) Steigerung des Kooperationsgewinns durch Investitionen des Gläubigers in Erwartung der Erfüllung	266
(2) Überinvestitionen als Folge einer Versicherung des Gläubigers gegen Nichterfüllungsschäden	267
(3) Anreizeffekte der prozessualen Durchsetzung leistungsstörungsrechtlicher Sanktionen	268
(4) Gläubigerinvestitionen und Nachverhandlungen	269
b) Ex ante Maßnahmen zur Minimierung des Nichterfüllungsschadens	269
c) Ex post Maßnahmen zur Minimierung des Nichterfüllungsschadens	271
3. Risikopräferenz und Risikoallokation	271
a) Optionale Versicherung bei heterogenen Risikopräferenzen	271
b) Risikoallokation und Anreizwirkung.	272
III. Folgerungen für die Einstandspflicht für das Fehlverhalten von Erfüllungsgehilfen	273
B. Ökonomik des Gewährleistungsrechts	275
I. Investitionstheorie der Gewährleistung.	275
1. Gewährleistung als Versicherung	276

2. Gewährleistung als Instrument der Verhaltenssteuerung.	277
II. Gewährleistung als Qualitätssignal	278
III. Folgerungen für die Einstandspflicht für das Fehlverhalten von Erfüllungsgehilfen	278
C. Ökonomik der Informationsverantwortlichkeit im Vertragsrecht . .	279
I. Informationsökonomik, Zielkonflikt der Informationspolitik und privatrechtliche Verteilung der Informationsverantwortung. .	280
1. Das Problem der Unterversorgung mit Information	280
2. Ziele ökonomisch rationaler Informationspolitik	282
3. Folgerungen für die privatrechtliche Verteilung der Informations- verantwortung.	283
II. Informationsverantwortlichkeit im Vertragsrecht.	284
1. Komparativer Kostenvorteil, Vertrauensprämie und Reichweite der Informationsverantwortlichkeit	285
a) Informationskosten und Vertrauensprämie.	285
b) Korrelation von Vertrauensprämie und Reichweite der Informationsverantwortlichkeit?	287
2. Informationsverantwortlichkeit und Anreize zur Beschaffung und Verwertung von Informationen	287
a) Wertsenkende Informationen	288
b) Werterhöhende Informationen.	290
(1) Keine Aufklärungspflicht bei produktiven Informationen . .	290
(2) Aufklärungspflicht des Erwerbers zur Sicherung der Informationsverwertung?	290
(3) Aufklärungspflicht bei unproduktiven Informationen, insbesondere Vorauswissen	291
c) Zufallsinformationen	292
III. Folgerungen für die Einstandspflicht für das Fehlverhalten von Hilfspersonen	294
D. Verantwortlichkeit für Gehilfen im Spiegel der Ökonomik und Konsequenzen für Fortgang der Untersuchung.	295
 Kapitel 5: Arbeitsteilung und positives Recht.	 297
<i>§1 Schutz des Leistungsinteresses</i>	299
A. Herausforderung durch leistungsstörungenrechtliche Formenvielfalt	300
I. Implizite und explizite Verhaltenszurechnung im Leistungs- störungenrecht.	300
II. Verantwortlichkeit für Gehilfenfehler und Grenzen des Erfüllungsanspruchs	302

III. Konsequenzen und Fortgang der Untersuchung.	305
B. Einstandspflicht für Dritte im Rahmen des Erfüllungsanspruchs . .	306
I. Objektive Unmöglichkeit und Unmöglichkeit für den Schuldner .	307
1. Wegfall der Leistungspflicht bei objektiver und subjektiver Unmöglichkeit als Reaktion auf vorpositive Gegebenheiten	307
a) Objektive Unmöglichkeit.	307
b) Unmöglichkeit für den Schuldner	308
c) Folgerungen und Fortgang der Untersuchung	311
2. Orientierung am Schuldinhalt als Einfallstor normativer Risikozuweisungen	311
a) Der Versprechensinhalt als Determinante der Anwendung des § 275 Abs. 1 BGB	311
b) Nachlieferungszwang beim Stückkauf und Unmöglichkeits- einwand.	313
3. Ökonomik des Einwands der Unmöglichkeit im Lichte arbeitsteiliger Leistungserbringung.	316
a) Präventionsanreize im Hinblick auf nachteilige Folgen nicht ordnungsgemäßer Erfüllung	317
b) Präferenzgerechte Zuweisung des Risikos nicht ordnungs- gemäßer Erfüllung.	319
c) Kompatibilität der ökonomischen Sicht mit der Dogmatik des Unmöglichkeitseinwands	321
II. Leistungserschwerernis.	323
1. Einrede wegen Überschreitens der Zumutbarkeitsschwelle, § 275 Abs. 2 BGB	323
a) Grobes Missverhältnis zwischen Erfüllungsaufwand und Leistungsinteresse.	324
b) Leistungsinteresse.	329
c) Erfüllungsaufwand	332
d) Vertretenmüssen als Determinante der Zumutbarkeitsschwelle	335
e) Anwendung des § 275 Abs. 2 BGB im Licht arbeitsteiliger Leistungserbringung	338
2. Vertragstypische Grenzen der Leistungspflicht, §§ 439 Abs. 3, 635 Abs. 3 BGB	339
a) Struktur der Regelung	340
b) Schwelle absolut unverhältnismäßiger Kosten	341
(1) Die Grenze der Nacherfüllungspflicht im nationalen Recht	342
(2) Totalverweigerung und Sekundärrecht	345
c) Anwendung im Hinblick auf die arbeitsteilige Leistungs- erbringung	348
III. Ergänzende Vertragsauslegung und Störung der Geschäftsgrundlage.	349
1. Ergänzende Vertragsauslegung	349
2. Störung der Geschäftsgrundlage	350

a) Anwendungsbereich der Geschäftsgrundlagenlehre.	351
b) Parallele Steigerung von Erfüllungsaufwand und Leistungsentzehrung.	355
IV. Ökonomisch rationale Einstandspflicht für Dritte im Rahmen des Naturalerfüllungsanspruchs und Fortgang der Untersuchung	360
C. Einstandspflicht für Dritte im Rahmen des Schadens- ersatzanspruchs	362
I. Struktur der vertraglichen Schadensersatzhaftung	363
1. Einheitlicher Anspruch auf Schadensersatz wegen Pflichtverletzung	363
2. Pflichtverletzung und Vertretenmüssen	365
a) Unmöglichkeit und verwandte Tatbestände	365
b) Nichterfüllung und Schlechtleistung	368
3. Pflichtverletzung und Zurechnung als Determinanten der Analyse.	370
II. Haftung bei Ausschluss der Leistungspflicht, Nichterfüllung und nicht rechtzeitiger Erfüllung.	371
1. Eigene Verantwortlichkeit des Schuldners	372
a) Regelverantwortlichkeit für eigenes Verschulden	372
b) Überwachungs-, Vorsorge- und Abwendungspflichten.	376
c) Übernahme eines Beschaffungsrisikos	379
2. Zurechnung des Verhaltens von Erfüllungsgehilfen.	383
a) Handeln eines Erfüllungsgehilfen.	384
b) Bedienen zur Erfüllung einer Verbindlichkeit	386
c) Tätigkeit im Pflichtenkreis des Schuldners	393
d) In Erfüllung der Verbindlichkeit (nicht nur bei Gelegenheit)	398
e) Verschulden des Erfüllungsgehilfen.	401
III. Haftung wegen nicht wie geschuldet erbrachter Leistung	405
1. Eigene Verantwortlichkeit des Schuldners	406
a) Überwachungs-, Vorsorge- und Abwendungspflichten.	406
b) Übernahme einer Garantie	410
2. Zurechnung des Verschuldens von Erfüllungsgehilfen	412
a) Bedienen zur Erfüllung einer Verbindlichkeit	413
b) Tätigkeit im Pflichtenkreis des Schuldners	413
IV. Mitverantwortlichkeit des Gläubigers und seiner Leute	415
1. Bilaterale Verantwortlichkeit im Leistungsstörungen- und Schadensrecht	416
a) Totalbefreiung des Schuldners	416
b) Naturalerfüllung durch den Schuldner	417
c) Schadensersatzhaftung des Schuldners	419
2. Anspruchskürzung wegen eigenen oder zurechenbaren fremden Mitverschuldens.	423
a) Systematik und Zielrichtung der Mitverantwortlichkeit	423
b) Unmittelbare Mitverantwortlichkeit des Gläubigers	425

c) Zurechnung fremder Verantwortlichkeit	426
D. Verantwortlichkeit des Verkäufers für Hersteller und Vorlieferanten als Illustration	427
I. Reichweite des Sachproblems	427
II. Pflicht zur Naturalerfüllung (Nacherfüllungsanspruch).	429
III. Schadensersatzhaftung.	430
1. Unmittelbare Verantwortlichkeit	430
2. Verschuldenszurechnung.	431
 §2 Gewährleistung (vorvertraglicher) Informationsinteressen	 436
A. Zuweisung von Informationsverantwortlichkeit durch unterschiedliche Rechtsinstitute	437
B. Anfechtung	438
I. Anreizwirkung der Nichtigkeitsfolge für die arbeitsteilige Wahrnehmung der Informationsverantwortung.	439
1. Anreizwirkung der Gewährung und Verweigerung von Lösungsrechten	439
2. Anreizwirkung und ökonomisch rationale Informations- verantwortlichkeit bei Arbeitsteilung.	439
3. Weitergehende und alternative Risikozuweisung durch Schadensersatzansprüche.	440
II. Irrtumsanfechtung	441
1. Eigenschaftsirrtum	442
a) Das Verständnis des Eigenschaftsirrtums in der zivilrechtlichen Irrtumslehre	443
b) Die Verkehrswesentlichkeit als normativer Schlüsselbegriff	444
c) Materielle Kriterien der Risikozuweisung bei nicht geäußelter Eigenschaftserwartung	445
d) Verkehrswesentlichkeit, Informationsverantwortung und Arbeitsteilung	449
2. Schadensersatzhaftung des Anfechtungsberechtigten und Ausschluss der Kompensation	451
a) Bedeutung der Haftung und des Ausschlusstatbestands nach § 122 BGB für die Informationsverantwortlichkeit	452
b) Konkurrierende Haftung wegen Verschuldens bei Vertrags- verhandlungen	455
3. Informationsverantwortung im Irrtumsrecht bei Arbeitsteilung	457
III. Arglistanfechtung	457
1. Die Zentralität der Informationspflichten für die erfassten Täuschungshandlungen.	458
a) Informationspflichtwidrigkeit der Fehlvorstellung als normative Verbindung von aktivem Tun und Unterlassen	458

b) Arglistigerfordernis	460
2. Verantwortlichkeit für Täuschungen durch Dritte	461
a) Unbedingte Zurechnung von Täuschungen durch Personen im Verantwortungsbereich des Erklärungsempfängers	461
b) Kenntnis und Kennenmüssen des Erklärungsempfängers	464
C. Haftung für fahrlässige Informationspflichtverletzung.	464
I. Nebeneinander von Arglistanfechtung und Verantwortlichkeit für fahrlässige Informationspflichtverletzungen	466
II. Zurechenbare Verletzung von Informationspflichten bei der arbeitsteiligen Vertragsanbahnung	468
1. Einteilung und Begründung vorvertraglicher Informations- pflichten	469
a) Einheit und Vielheit in der Dogmatik der Informations- pflichten	469
b) Wahrheits-, Aufklärungs- und Informationsbeschaffungs- pflichten	470
c) Pflichten zur Aufklärung über vorhandenes Wissen	474
d) Pflichten zur Informationsbeschaffung	480
(1) Einheitliches normatives Fundament	480
(2) Informationsbeschaffung als Grundlage geschuldeter Aufklärung	481
(3) Informationsbeschaffung und Wahrheitspflicht	483
2. Eigene Verantwortlichkeit des Vertragsschließenden	486
3. Zurechnung fremden Fehlverhaltens	486
a) Zurechnungstragende Sonderverbindung.	487
b) Bedienen zur Erfüllung einer Verbindlichkeit	489
c) Tätigkeit im Pflichtenkreis des Erklärungsempfängers	490
d) Verschuldenszurechnung	492
III. Mitverantwortlichkeit des Irrenden	493
D. Verbraucherrechtliche Widerrufsrechte.	494
I. Eingeschränkte Bedeutung der Arbeitsteilung im Rahmen des verbraucherrechtlichen Schutzes der Entscheidungsfreiheit	495
1. Konsequenzen der situativen und vertragsgegenstandsbezogenen Legitimation von Widerrufsrechten.	495
2. Einfluss von Aufklärungs- und Informationspflichten auf das Widerrufsrecht	498
3. Verbundene Geschäfte	499
II. Differenzierte Risikozuweisung bei verbundenen Geschäften	500
1. Finanzierungszweck des Darlehens.	501
2. Wirtschaftliche Einheit zwischen Bargeschäft und Darlehen	502
a) Vermutungstatbestand des „sich Bedienens“	502
b) Grundtatbestand	506
c) Sonderregelung für finanzierten Immobilienerwerb	506

3. Widerrufsdurchgriff trotz Fehlen einer wirtschaftlichen Einheit . . .	508
E. Vertrieb von Immobilienanlagen („Schrottimmobilien“).	509
I. Verantwortung bei Verletzung von Informationspflichten.	510
1. Erfüllungsgehilfeneigenschaft Dritter im Strukturvertrieb	511
2. Tätigkeit im Pflichtenkreis des Darlehensgebers.	512
a) Aufklärung über Darlehensrisiken	512
b) Belehrung über das Widerrufsrecht	514
II. Verantwortung als Folge von Widerrufs-, Einwendungs- und Rückforderungsdurchgriff.	515
 §3 <i>Sicherung des Integritätsinteresses</i>	517
A. Schadensersatz als zentrale, vertragsrechtliche Sanktion der Verletzung des Integritätsinteresses	518
B. Auswahl- und Überwachungspflichten des Schuldners.	520
C. Zurechnung des Verhaltens von Erfüllungsgehilfen	522
I. Einschalten durch den Schuldner.	523
II. Zur Erfüllung einer Schuldnerverbindlichkeit	524
 Kapitel 6: Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht.	527
 §1 <i>Gemeinschaftsprivatrecht</i>	529
A. Wissenschaftliche Systematisierungen des geltenden Gemeinschaftsrechts	529
B. Gewährleistung beim Verbrauchsgüterkauf, Informationspflichten und Widerrufsrechte	531
 §2 <i>Gemeinsamer Referenzrahmen</i>	534
A. Schutz des Leistungsinteresses	535
I. Grundsatz	535
II. Erfüllungsanspruch.	536
III. Schadensersatz.	538
1. Die Erfüllung ausschließende Hinderungsgründe	538
2. Leistungerschwernis.	540
B. Informationsverantwortung.	542
I. (Vorvertragliche) Aufklärungspflichten.	542
II. Informationserzwingende Widerrufsrechte	543

C. Integritätsinteresse	543
Kapitel 7: Zusammenfassung der Ergebnisse	545
§1 Grundlagen	545
§2 Entwicklungsstränge der Verantwortlichkeit für Erfüllungs- gehilfen.	546
§3 Rechtfertigung der Einstandspflicht für Hilfspersonen in der Jurisprudenz	547
§4 Ökonomik der Einstandspflicht für Hilfspersonen	550
§5 Arbeitsteilung und positives Recht	553
§6 Arbeitsteilung und Verantwortlichkeit im europäischen Vertragsrecht	558
Literaturverzeichnis	559
Sachregister	619

Abkürzungsverzeichnis

a.	articulus
a.A.	anderer Ansicht
A.2d	Atlantic Reporter, Second Series
ABl.	Amtsblatt
Abs.	Absatz
ABGB	Allgemeines Bürgerliches Gesetzbuch
AbzG	Abzahlungsgesetz
A. C.	Law Reports, Appeal Cases (Third Series)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
Afr.	Africanus
Ala. L. Rev.	Alabama Law Review
Alex.	Alexander Severus
Alf.	Alfenus
Allg.	Allgemeine/r
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
Am. Econ. Ass'n Papers & Proc.	Papers and proceedings of the annual meeting of the American Economic Association
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. J. Juris.	American Journal of Jurisprudence
Am. L. Rev.	American Law Review
Am. Soc. Rev.	American Sociological Review
Ant.	Antoninus
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
A. P.	Assemblée plénière de la Cour de cassation
App.Cas.	Appeal Cases
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
Art.	Artikel/article
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
Ariz. L. Rev.	Arizona Law Review
B. & S.	Best and Smith's Queens Bench Reports
BaföG	Berufsausbildungsförderungsgesetz
BB	Betriebs Berater
Bd.	Band
Bearb.	Bearbeiter
Begr.	Begründer
BegrRegE	Begründung des Regierungsentwurfs
Bell J. Econ.	Bell Journal of Economics
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BKR	Zeitschrift für Bank und Kapitalmarktrecht

BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
Bull. Civ.	Bulletin des arrêts de la Cour de cassation (chambres civiles)
bzw.	beziehungsweise
C.	Codex Iustinianus
Cal. L. Rev.	California Law Review
cap.	Caput/capitulum
Cass. civ.	Cours de cassation, chambre civil
Case W. Res. L. Rev.	Case Western Reserve Law Review
C.B.N.S.	Common Bench Reports, New Series
C. civ.	Code civil
C.C.C.	Revue Contrats-concurrence-consommation
Cels.	Celsus
CESL	Common European Sales Law
CFR	Common Frame of Reference
chap.	Chapitre
Ch.D.	Law Reports, Chancery Division (2d Series)
Chi.-Kent L. Rev.	Chicago-Kent Law Review
Civ. 1 ^{re} , 2 ^e , 3 ^e	Chambres civil de la Cour de cassation
CLP	Current Legal Problems
CPR	Civil Procedure Rules
Cir.	Circuit
CISG	Convention on Contracts for the International Sale of Goods
Cl. & F.	Clarks & Finelly's House of Lords Cases
CLJ	Cambridge Law Journal
CMBC	Codex Maximilianeus Bavaricus Civilis
Coll.	Mosaicarum et Romanorum legume collatio
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Com.	Chambre commercial de la Cour de cassation
Const. Pol. Econ.	Constitutional Political Economy
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
C.P.	Common Pleas
Ct.App.	Court of Appeals
D.	Digesten/Dalloz recueil
DAR	Deutsches Autorecht
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
Diocl.	Diocletianus
D.P.	Recueil périodique et critique Dalloz
disp.	disputatio
DJT	Deutscher Juristentag
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht
Duke L.J.	Duke Law Journal
EBOR	European Business Organization Law Review
Econ.	Economic(s), Economy
Econ. Hist. Rev.	Economic History Review
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch
Emory L.J.	Emory Law Journal
endg.	endgültig
Eos	commentarii Societatis Philologiae Polonorum
ERA	Europäische Rechtsakademie
ERCL	European Review of Contract Law

ERPL	European Review of Private Law
Eur. J. Law & Econ.	European Journal of Law and Economics
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
Eur. L. Rev.	European Law Review
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
Exch.	Court of Exchequer Chamber
f.	folgende
Fed. R. Civ. P.	Federal Rules of Civil Procedure
FernabsG	Fernabsatzgesetz
Fernabs-RL	Fernabsatz-Richtlinie
FernUSG	Fernunterrichtsschutzgesetz
FinanzDLFernabs-RL	Finanzdienstleistungenfernabsatz-Richtlinie
ff.	fortfolgende
F.2d	Federal Reporter, Second Series
Fla. St. U. L. Rev.	Florida State University Law Review
Flor.	Florus
Fn.	Fussnote
Gai.	Gaius
GEK	Gemeinsames Europäisches Kaufrecht
Geo. L. J.	Georgetown Law Journal
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
Gl.	Glosse
GrünhutsZ	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart
H. & N.	Hurlstone & Norman's Exchequer Reports
Harv. Int'l L. J.	Harvard International Law Journal
Harv. J. L. & Pub. Pol'y	Harvard Journal of Law and Public Policy
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Hastings Int'l & Comp. L. Rev.	Hastings International and Comparative Law Review
Hastings L. J.	Hastings Law Journal
HaustürW-RL	Haustürwiderrufs-Richtlinie
HKK-BGB	Historisch-kritischer Kommentar zum BGB
h. M.	herrschende Meinung
Hofstra L. Rev.	Hofstra Law Review
Hrsg.	Herausgeber
ibid.	ibidem
ICLQ	International and Comparative Law Quarterly
i.e.	id est
Ill. L. Rev.	Illinois Law Review
Index	Quaderni camerti di studi romanistici
Ind. L. J.	Indiana Law Journal
Inst.	Institut(e, iones)
Int'l Rev. L. & Econ.	International Review of Law and Economics
Iowa L. Rev.	Iowa Law Review
Israel L. Rev.	Israel Law Review
i.Ü.	im Übrigen
Iul.	Iulianus
Iura	Rivista internazionale di dritto romano e antico
JA	Juristische Ausbildung
J. Behav. Decision Making	Journal of Behavioral Decision Making
J. Bus.	The Journal of Business
J. Conflict Resol.	Journal of Conflict Resolution
J. Corp. L.	Journal of Corporation Law

JCP	Juris-Classeur périodique
jdf.	jedenfalls
J. Econ. Behav. & Org.	Journal of Economic Behavior and Organization
J. Econ. Lit.	Journal of Economic Literature
J. Econ. & Mgmt Strat.	Journal of Economic and Management Strategy
J. Econ. Persp.	Journal of Economic Perspectives
J. Econ. Theory	Journal of Economic Theory
J. Fin. Econ.	Journal of Financial Economics
J. Fin. Mkts.	Journal of Financial Markets
JherJ	Jherings Jahrbücher der Dogmatik des bürgerlichen Rechts
J. Indust. Econ.	Journal of Industrial Economics
J. Int'l L. & Pol.	Journal of International Law and Politics
JITE	Journal of Institutional and Theoretical Economics
J.L. & Econ.	Journal of Law and Economics
J.L. Econ. & Org.	Journal of Law, Economics and Organization
J. Legal Stud.	Journal of Legal Studies
J. Money, Credit & Banking	Journal of Money, Credit and Banking
J. Pol. Econ.	Journal of Political Economy
J. Pub. Econ.	Journal of Public Economics
JR	Juristische Rundschau
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristenzeitung
K. B.	Law Reports, King's Bench (1901–1952)
KOM	Kommissionsdokument
Lab.	Labeo
lib.	liber
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung, Lindenmaier-Möhring
LQR	Law Quarterly Review
L. R.	Law Reports
L. & Soc. Inquiry	Law and Social Inquiry
L. T.	Law Times Reports
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht
M. & W.	Meeson & Welsby's Exchequer Reports
Md. L. Rev.	Maryland Law Review
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
Minn. L. Rev.	Minnesota Law Review
MLR	Modern Law Review
Mot.	Motive zu dem Entwurf eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich
MschKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
n.	nota
NBER	National Bureau of Economic Research
N. E.	North Eastern Reporter
Ner.	Nerva
NJ	Neue Justiz
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NuR	Natur und Recht
N. W.	North Western Reporter

Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
NZM	Neue Zeitschrift für Miet- und Wohnungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
o. ä.	oder ähnlich
Ohio St. L.J.	Ohio State Law Journal
OJLS	Oxford Journal of Legal Studies
Okla. L. Rev.	Oklahoma Law Review
O. R.	Ontario Reports
Org. Behav. & Hum. Decision Proc.	Organizational Behavior and Human Decision Process
P.	Pacific Reporter
part.	partie
Paul.	Paulus
PECL	Principles of European Contract Law
Phil. & Pub. Aff.	Philosophy and Public Affairs
Phil. Q.	The Philosophical Quarterly
Phil. Rev.	Philosophical Review
Pomp.	Pomponius
pr.	principium
PrEisenbahnG	Preußisches Gesetz über Eisenbahn-Unternehmungen vom 3. November 1838
PrGS	Gesetzessammlung für die königlich preußischen Staaten
Prot.	Protokolle der Kommission für die zweite Lesung des Entwurfs des BGB
PrPostG	Preußisches Gesetz über das Postwesen vom 5. Juni 1852
q.	quaestio
QB	Law Reports, Queen's Bench (Third Series)
Q.B.D.	Law Reports, Queen's Bench Division
Q.J. Econ.	Quarterly Journal of Economics
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privat- recht
RAND J. Econ.	RAND Journal of Economics
RDC	Revue des contrats
Rdnr.	Randnummer
Rép. Civ.	Répertoire de droit civil
Res. L. & Econ.	Research in Law and Economics
Rest.	Restatement
Rev. Econ. Stud.	Review of Economic Studies
Rev. rech. jur.	Revue de la recherche juridique
RG	Reichsgericht
RGRK	Reichsgerichtsrätekomentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RHaftpflG	Reichshaftpflichtgesetz
RheinZ	Rheinische Zeitschrift für Zivil- und Prozeßrecht
RIDA	Revue international des droits de l'antiquité
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RJ	Rechtshistorisches Journal
RRa	Reiserecht aktuell
Rs.	Rechtssache
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civile
S.	Siehe/Seite/Section
S. C. L. Rev.	South Carolina Law Review
S. Cal. Interdisc. L. J.	Southern California Interdisciplinary Law Journal
S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
S. E.	South Eastern Reporter